

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim  
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer  
Tel. 06232 98123  
Mail: [vonarnim@dhv-speyer.de](mailto:vonarnim@dhv-speyer.de)

Präsentation des Buchs

**„Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun“**

am 6. Mai 2008 in Berlin

In der Politik geht es wie im Krieg darum, den strategischen Punkt zu finden, von dem aus man das Feld beherrscht. Als Napoleon die Stadt Toulon erobern wollte, wies er, statt auf die Stadt selbst, auf die Mündung der Reede, die die Schlüsselstellung für die Eroberung Toulons bildete, und sagte beharrlich „Hier liegt Toulon!“ Er errang so seinen ersten großen Sieg.

Auch in der Politikwissenschaft und der Staatsrechtslehre ist es wichtig, den strategischen Punkt zu finden, die Schlüsselstellung, von der alles andere abhängt.

Der Ausgangspunkt ist klar: Man muß Politikern viel Macht anvertrauen, sonst können sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Wie aber können sie daran gehindert werden, diese Macht zu missbrauchen, statt sie zum Wohle der ihnen anvertrauten Menschen einzusetzen? Das ist die Schlüsselfrage. Das ist unser Toulon.

Um das zu gewährleisten, müssen Politiker sich bei ihrem Handeln am Gemeinwohl orientieren. Das verlangt die Verfassung von allen Amtsträgern. Das verlangt auch die Öffentlichkeit von ihren politischen Repräsentanten.

In Wirklichkeit aber handeln Politiker vielfach nicht gemeinnützig, sondern eigennützig. Sie streben nach Macht, Einkommen und Status.

Auch dafür trifft die Verfassung Vorkehrungen: Eine solche Vorkehrung ist die Gewaltenteilung. Doch sie ist in unserer parlamentarischen Demokratie in Wahrheit verkümmert. Das sieht man plastisch daran, daß Mitglieder der Exekutive auch Sitz und Stimme in der Legislative haben. Sie müssten sich also selbst kontrollieren. Wie soll das gehen?

Eine dritte Vorkehrung gegen Machtmissbrauch in der Demokratie ist der politische Wettbewerb. Auch der wird aber durch politische Kartelle außer Kraft gesetzt – gerade wenn es um das Wichtigste geht – die Gestaltung der Regeln des Machterwerbs, insbesondere des Wahlrechts. Die politische Klasse, also die Berufspolitiker insgesamt, haben - über die Parteigrenzen hinweg - die

demokratischen Grundregeln im eigenen Interesse derart pervertiert, daß die Bürger nicht einmal mehr ihre Abgeordneten auswählen können. Selbst Regierungen werden hinter ihrem Rücken gebildet – durch Koalitionsvereinbarungen, die vorher niemand gewollt hat. Die Nachfolger der Ministerpräsidenten Stoiber und Milbrath wurden in Hinterzimmern ausgekungelt – ohne jede Beteiligung der Bürger.

Auch der ursprünglich so gut gemeinte Föderalismus wurde im Lauf der Zeit immer mehr verdorben und führt heute geradezu zu organisierter Unverantwortlichkeit.

Das Volk hat praktisch nichts mehr zu sagen. Aus Volkssouveränität ist die Souveränität der politischen Klasse geworden.

Die Entmachtung des Volkes steigert aber nicht etwa die Handlungsfähigkeit der Politik. Im Gegenteil: Die Systemmängel fördern auch ein Staats- und Politikversagen. Wir haben keine Herrschaft durch das Volk und für das Volk (um die berühmte Demokratiedefinition von Abraham Lincoln zu zitieren) - und damit keine wirkliche Demokratie.

Die allgemeine Verdrossenheit mit dem Funktionieren unseres Parteienstaates nimmt zu. Das zeigen Umfragen.

Auch die die Wahlbeteiligung sinkt und sinkt. Die politische Klasse vergißt darüber zwar Krokodilstränen. Doch sie hat dafür gesorgt, daß die abnehmende Wahlbeteiligung keine merklichen Konsequenzen für sie hat: Weder sinkt die Gesamtzahl der Parlamentsmandate entsprechend den abnehmenden Wählerstimmen (wie dies seinerzeit in der Weimarer Republik der Fall war) noch nimmt etwa die staatliche Parteienfinanzierung ab. Die Schatzmeister der Parteien haben vielmehr dafür sorgt, daß die Staatsfinanzierung – unabhängig von der Wahlbeteiligung – immer auf dem Höchststand bleibt.

Mittels Parteibuchwirtschaft kolonisiert die politische Klasse in parteiübergreifendem Konsens auch die Verwaltung. Selbst Kontrollinstanzen wie die Verfassungsgerichte und die Rechnungshöfe versucht man, „gleichzuschalten“ und ihnen den Biss zu nehmen. Die Zukontrollierenden wählen ihre Kontrolleure ja selbst aus und berufen häufig Leute, die ihnen nicht wirklich weh tun. Hier sei an das Wort eines preußischen Justizministers erinnert: Gebt den Richtern getrost ihre Unabhängigkeit, solange ich sie nur erkenne.

Eine Änderung zum Besseren kann wohl nur durch Aktivierung des Volkes selbst erfolgen im Wege von Bürgerbegehren und Volksentscheiden und durch Direktwahl von Amtsträgern wie Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten.

Dadurch würde die Gewaltenteilung wiederhergestellt und Bürgernähe sowie politische Handlungsfähigkeit gefördert. Auch eine Reform des Wahlrechts ist wohl nur mittels Volksbegehren und Volksentscheid durchsetzbar. Dafür kommen vorläufig nur die Länder in Betracht, wo solche Formen direkter Demokratie bereits eröffnet sind. Ein Beispiel für ein bürgernahes Parlamentswahlrecht, das auf diesem Wege durchgesetzt wurde, bietet Hamburg.

Ähnlicher Systemfehler gibt es auch in anderen Bereichen, etwa in der Wirtschaft: Wegen Überkreuz-Besetzungen von Vorständen und Aufsichtsräten herrscht hier geradezu ein Paradies der Selbstbedienung. Auch hier kann dem Missbrauch nur durch Einbeziehung der eigentlichen Eigentümer entgegengewirkt werden. Doch solche Reformen in Wirtschaft und anderen Bereichen kann nur die Politik durchsetzen. Deshalb wurden das politische System und seine Mängel hier ausführlicher angesprochen.

Insgesamt analysiert das Buch in 82 in sich geschlossenen Texten Defizite und Auswüchse in unserem Land – sowie die Strategien der politischen und wirtschaftlichen Klasse zur Camouflierung der Lage und zur Verhinderung von Reformen. Der Themenkreis umfasst neben Politik und Verwaltung auch Gerichtsbarkeit und Wirtschaft sowie Verbände und Wissenschaft. Das ganz neue Format des Buches, das am Ende durch eine Zusammenfassung ergänzt wird, soll die Lektüre erleichtern. Der Leser braucht keine 400 Seiten durchzuarbeiten, um etwas mitzunehmen.